

## **Deggendorfer Killer-Saga: Flucht und Abschiebe-Dilemma**

„Diskussion in Deggendorf: Abschiebung eines Kopf-ab-Killers verzögert - Staatsanwaltschaft und Behörden uneinig.“



**NACHRICHTEN AG**  
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

# **Deggendorf: Eine Flucht, die die Gemeinschaft erschüttert**

Der vorbestrafte Mursal Mohamed S., 24, sorgte vergangene Woche in Deggendorf für eine erhöhte Sicherheitslage. Während eines Kinobesuchs mit weiblichen Aufsichtspersonen nutzte der Totschläger die Gelegenheit zur Flucht. Nachdem er acht Stunden lang gesucht wurde, konnte die Polizei ihn schließlich wieder festnehmen. Es war bereits sein zweiter Fluchtversuch seit 2021.

## **Die Unsicherheit der Gemeinschaft**

Die erneuten Sicherheitsrisiken durch die Flucht eines mehrfach vorbestraften Insassen haben die Bewohner von Deggendorf beunruhigt. Mohamed S. hatte bereits einmal versucht, aus dem Bezirkskrankenhaus Mainkofen zu entkommen. Damals versteckte er sich in einem Essenswagen. Die Tatsache, dass er erneut eine Möglichkeit zur Flucht fand, hat das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sicherheitsmaßnahmen der Kliniken erschüttert.

## **Hintergrund zu Mohamed S.**

Mursal Mohamed S. wurde verurteilt, nachdem er im Jahr 2021 seinen Mitbewohner enthauptet hatte. Laut einer Stellungnahme des Bezirksklinikums Mainkofen vom Juli 2024 fehlen ihm jedoch ausreichende Einsichten in seine Behandlung. Dennoch wurde ihm die Lockerungsstufe A3 gewährt, die ihm begleitete Ausgänge außerhalb des Klinikgeländes erlaubte.

## **Der Rechtsstreit und die mögliche Abschiebung**

Seit zwei Jahren steht die mögliche Abschiebung von Mohamed S. nach Somalia zur Debatte. Trotz der Bemühungen der Ausländerbehörden hat die Staatsanwaltschaft Deggendorf bisher gezögert, da befürchtet wird, dass S. nach einer Abschiebung wieder nach Deutschland zurückkehren könnte. Oberstaatsanwalt Oliver Baumgartner erklärte, es sei

unvorsichtig, ihn in sein Heimatland abzuschicken, da dort keine sicheren Behandlungsmöglichkeiten gegeben sind.

## **Reaktionen der Behörden**

Die Bezirksklinik Mainkofen reagierte auf den Vorfall, indem jegliche Kinoveranstaltungen für Patienten untersagt wurden. Bezirks-Sprecherin Sabine Bäter betonte, dass solche Maßnahmen notwendig seien, um den Patienten auf eine spätere Wiedereingliederung vorzubereiten.

## **Wie die Politik intervenieren könnte**

Um ähnliche Fälle in der Zukunft zu verhindern, könnte die Politik strengere Sicherheitsvorkehrungen für gefährliche Insassen einführen. Engmaschigere Kontrollen und eine Evaluierung der Lockerungsstufen könnten die Fluchtversuche erschweren. Darüber hinaus sollten internationale Abkommen verstärkt werden, um die Rückkehr abgeschobener Straftäter zu verhindern.

Abschließend könnte die Prüfung der Maßnahmen zur Feststellung der Therapieeinsicht intensiviert werden. Dies würde sicherstellen, dass nur die Patienten, die echte Fortschritte zeigen, Lockerungen ihrer Sicherheitsvorkehrungen erhalten.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**